

Antrag 19/II/2025**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Schluss mit unbezahlter Wartezeit – Psychotherapeut*innen brauchen bezahlte Weiterbildung**

1 Psychische Gesundheit darf nicht am Geld scheitern –
 2 auch nicht auf Seiten derer, die helfen wollen. Wer
 3 in Deutschland Psychotherapeuti*n werden will, muss
 4 sich nach dem Masterstudium durch eine mehrjährige,
 5 schlecht oder gar nicht bezahlte Weiterbildungsphase
 6 kämpfen. Damit versperrt unser Gesundheitssystem je-
 7 des Jahr Tausenden jungen Menschen den Einstieg in ih-
 8 ren Beruf – und verhindert gleichzeitig, dass dringend be-
 9 nötigte psychotherapeutische Versorgung bei den Pati-
 10 ent*innen ankommt. Besonders betroffen sind dabei wie-
 11 der einmal junge Menschen ohne wohlhabende Eltern,
 12 ohne Rücklagen, ohne sichere Alternativen.
 13 Mit der Reform des Psychotherapeutengesetzes im Jahr
 14 2019 wurde das Studium der Psychotherapie grundlegend
 15 umgestellt: Seither absolvieren angehende Psychothera-
 16 peutinnen ein polyvalentes (vielwertiges) Bachelor- und
 17 Masterstudium mit klinischem Schwerpunkt und schlie-
 18 ßen dieses mit der Approbation ab. Doch um im ambu-
 19 lanten oder stationären Bereich tätig zu werden, müssen
 20 sie eine mehrjährige berufsbegleitende Weiterbildung ab-
 21 solvieren – mit hohem Praxisanteil in Kliniken oder Pra-
 22 xen, vielen hundert Stunden Supervision und einem in-
 23 tensiven Theoriecurriculum. Diese Weiterbildung ist je-
 24 doch bislang nicht gesetzlich finanziert – insbesondere im
 25 ambulanten Bereich fehlen Strukturen, die eine faire Be-
 26 zahlung ermöglichen. Während Ärzt*innen in Weiterbil-
 27 dung (nach § 75a SGB V) über pauschal finanzierte Stel-
 28 len versorgt werden, müssen viele psychotherapeutische
 29 Nachwuchskräfte auf Mindestlohniveau arbeiten oder
 30 sogar für ihre Weiterbildung zahlen.
 31
 32 Die Deutsche Psychotherapeutinnenvereinigung (DptV)
 33 schätzt, dass derzeit deutschlandweit mehr als 6.000
 34 Masterabsolventi*nnen auf den Berufseinstieg warten, je-
 35 doch nur rund 1.000 geeignete Weiterbildungsstellen be-
 36 reitstehen – die Mehrheit davon im stationären Bereich.
 37 Im ambulanten Bereich, wo ein Großteil der psychothera-
 38 peutischen Versorgung stattfindet, fehlen solche Stellen
 39 fast vollständig.
 40
 41 Die Folge: Zahlreiche junge Therapeut*innen verschieben
 42 ihre Weiterbildung, suchen sich andere Berufsfelder oder
 43 brechen den Berufswunsch ganz ab – obwohl ihre Hilfe
 44 dringend gebraucht wird. Denn nach wie vor fehlen laut
 45 Gutachten des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA)
 46 aus dem Jahr 2018 mindestens 2.400 zusätzliche psycho-
 47 therapeutische Kassensitze in Deutschland – ohne Ausbil-

48 dung gibt es keine Versorgung.

49

50 Diese Situation ist nicht nur ein Gerechtigkeitsproblem,
51 sondern auch eine massive Gefahr für die psychische
52 Gesundheitsversorgung der kommenden Jahrzehnte. Der
53 Fachkräftemangel ist bereits Realität. Gleichzeitig steigen
54 die Bedarfe kontinuierlich: Die Zahl psychischer Erkran-
55 kungen in Deutschland nimmt seit Jahren zu, insbeson-
56 dere unter jungen Menschen. Laut der COPSY-Studie zei-
57 gen über 70 % der Kinder und Jugendlichen psychische
58 Belastungssymptome, gleichzeitig steigen Depressionen,
59 Essstörungen und Angsterkrankungen auch bei jungen Er-
60 wachsenen stark an.

61

62 **Deswegen fordern wir:**

63

64 1. Eine gesetzlich geregelte, faire Bezahlung für die
65 Weiterbildung zur Psychotherapeut*in auf Bundes-
66 wie auf Landesebene, wofür der Bund entsprechend
67 finanzielle Mittel bereitstellen soll
68 • Dabei soll sich an den Kassenärztlichen Verei-
69 nigungen orientiert werden und eine Mindest-
70 vergütung von 4.500 € brutto im Monat bei
71 tariflicher Anbindung und voller sozialer Absi-
72 cherung angestrebt werden.

73 2. Ein eigenes Berliner Landesförderprogramm mit ei-
74 nem monatlichen Zuschuss von mindestens 2.500 €
75 für Praxen, die Therapeut*innen weiterbilden

76 • Dabei sollen kurzfristig bezahlte ambulante
77 Weiterbildungsstellen geschaffen werden, ins-
78 besondere in sozial benachteiligten Kiezen.
79 • Insgesamt sollen 200 neue und dauerhafte
80 Weiterbildungsplätze geschaffen werden, da-
81 von ein substantieller Anteil im ambulanten
82 Bereich.

83

84 Darüber hinaus braucht es eine deutliche Erhöhung der
85 Kassensitze, da sonst trotz mehr Weiterbildung zu wenig
86 Therapiekapazität entsteht. Auch wenn mehr Psychothe-
87 rapeut*innen fertig ausgebildet wären, könnten sie nicht
88 alle in der vertragspsychotherapeutischen Versorgung ar-
89 beiten, weil die Zahl der Kassensitze gedeckelt ist